Was die Sozialdemokraten sind
und
was sie wollen.

Von

W. Liebknecht.

Neue berichtigte und vervollständigte Auflage
(die zweite in Deutschland).

Preis 10 Pfg.

BL
IV 10
1

Berlin 1891.
Verlag der Expedition des „Vorwärts" Berliner Volksblatt
(Th. Glocke.)

9

Vorwort.

Nachstehendes Schriftchen wurde aus zwei in den Siebziger Jahren von mir geschriebenen Agitationsnummern des „Volksstaat" zusammengestellt. Unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes hat es eine große Verbreitung gefunden; und die erste Auflage, welche nach Erlöschen jenes Gesetzes in Deutschland erscheinen konnte, war binnen wenigen Tagen vergriffen. Die neue Auflage, welche jetzt geboten wird, enthält einige Ergänzungen und Erweiterungen, ist aber im Wesentlichen ein unveränderter Abdruck.

Berlin, 1. Mai 1891.

W. L.

A26699
Parteivorstand
Bibliothek
R 4899

Druck von Max Bading, Berlin SW.

Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen.

Zunächst einige Bemerkungen über den Namen unserer Partei. Sie nennt sich die sozialdemokratische oder sozialistische Arbeiterpartei; unser Banner ist das der Sozialdemokratie, des Sozialismus. Sozialdemokratisch und Sozialdemokratie bedeutet mehr als demokratisch, Demokratie. Demokratie heißt: erstens Regierung durch das Volk, zweitens die Gemeinschaft Derer, welche die Regierung durch das Volk erstreben; demokratische Forderungen sind Forderungen, welche auf die Regierung durch das Volk hinzielen.

Häufig wird das (aus dem Griechischen stammende) Wort Demokratie mit „Volksherrschaft" übersetzt. Das ist aber nicht ganz korrekt, jedenfalls nicht der vernünftigen Auffassung des Begriffs Demokratie entsprechend. Das „Volk" ist die Gesammtheit der Staatsangehörigen, und die Gesammtheit kann nicht herrschen, weil außer ihr Niemand existirt, der beherrscht wird. Ein Herrscher setzt mit Nothwendigkeit einen Beherrschten voraus — wo Keiner beherrscht wird, weil Alle an der Regierung theilnehmen, giebt es selbstverständlich keine Herrschaft.

Daß alle Staatsangehörigen — die unmündigen natürlich nicht eingeschlossen — gleichberechtigt an der Regierung des Staates theilnehmen sollen, ist eine durchaus vernünftige Forderung, und es läßt sich nicht leugnen, daß die konsequente Durchführung eines solchen Staatssystems auch die Abschaffung des gesellschaftlichen Elends bedingen würde. Warum also nicht den Namen „Demokratie" beibehalten, der eine Geschichte hat? Gerade weil er eine Geschichte hat. Seit dem Emporkommen der modernen bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassengegensätzen und ihrem Klassenkampf ist die Fahne der Demokratie vielfach dazu benützt worden, die Kluft, welche zwischen den verschiedenen Klassen der Gesellschaft gähnt, dem Auge des Volkes zu verhüllen. Ja, wir haben es erlebt, daß die Feinde des arbeitenden Volkes unter der Fahne der Demokratie gegen das arbeitende Volk gekämpft haben. Selbst in dem Munde derjenigen Demokraten, welche ehrlich die Regierung durch das Volk wollen, hat das Wort Demokratie einen wesentlich auf das politische, das staatliche Gebiet beschränkten Sinn. Es ist dies eine unlogische Auffassung, allein sie

besteht nun einmal, und der Name Demokratie konnte darum einer Partei nicht genügen, welche zwar die Regierung durch das Volk anstrebt, aber auch begriffen hat, daß die Regierung nicht Zweck ist, sondern Mittel; daß der Zweck des Staates es ist, allen seinen Angehörigen die höchstmögliche Summe von Wohlergehen zu sichern, und daß dieser Zweck nur verwirklicht werden kann durch eine gerechte Regelung der für die Gesellschaft nothwendigen Arbeit.

Im Worte Sozialdemokratie, sozialdemokratisch drückt diese Anschauung sich aus. Sozial heißt gesellschaftlich, die Gesellschaft betreffend; Sozialdemokratie: die Regierung durch das Volk auf gesellschaftlichem Gebiete so gut wie auf staatlichem, die gerechte, vernünftige, menschenwürdige Ordnung von Staat und Gesellschaft. Sozialismus ist die Gesellschaftswissenschaft, die Wissenschaft von der jetzt ungerecht und unvernünftig eingerichteten und gerecht und vernünftig einzurichtenden Gesellschaft; sozialistisch, auf diese Gesellschaftswissenschaft bezüglich, in ihrem Namen wirkend; Sozialist, wer die Gesellschaft im Sinne des Sozialismus umzugestalten sucht, so daß sozialistisch und Sozialist im wesentlichen dasselbe bedeutet, wie sozialdemokratisch und Sozialdemokrat.

Arbeiterpartei nennen wir uns, weil das arbeitende Volk das nächste Interesse und, kraft seiner Zahl, allein die Macht hat, eine derartige gerechte und vernünftige Ordnung herzustellen. Und, wohlgemerkt, unter arbeitendem Volk verstehen wir nicht bloß die Industriearbeiter, sondern jeden, der nicht von der Arbeit Anderer lebt, also außer den städtischen und ländlichen Lohnarbeitern auch die Kleinbauern und Kleingewerbtreibenden (nebst Kleinkrämern), die unter der Last des Kapitals ebenso seufzen wie die eigentlichen Lohnarbeiter. Ja, in vielen Fällen noch mehr. Es giebt hunderttausende von Kleinmeistern, die am Samstag stundenlang herumlaufen müssen, um den Wochenlohn für ihre „Arbeiter" zusammenzuborgen, und die froh wären, wenn ihr „Verdienst" dem eines Fabrikarbeiters gleich käme.

Doch nun zu dem, was wir wollen.

Vom 22. bis zum 27. Mai 1875 tagten in Gotha Abgeordnete (127 an der Zahl) sämmtlicher Sozialdemokraten Deutschlands, und nahmen nach reiflicher Berathung einstimmig folgendes **Programm***) an:

*) Die Partei ist im Begriff, dieses Programm einer gründlichen Revision zu unterwerfen; die hierauf bezüglichen Verhandlungen sind den Genossen aus dem Protokolle des letzten Parteitags — in Halle — bekannt. Da die Mängel des Programms theils durch die Fortentwicklung der Partei thatsächlich beseitigt sind, theils nur in unkorrekter Formulirung der wissenschaftlichen

1. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, das heißt allen ihren Gliedern, das gesammte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, Jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesammtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Vertheilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.*)

II. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen gesetzlichen**) Mitteln den

---

Wahrheiten bestehen, auf denen unsere Partei ruht, so behält das alte Programm immer noch seinen Werth. Und in obigem Schriftchen sind die Punkte, welche die Kritik herausfordern, nicht berührt, und wird nur der wesentliche Inhalt unseres Programms, den keine Revision berühren kann, dargelegt und erläutert.

*) Dieser Satz ist vielfach angefochten worden. Mit Unrecht. Man nehme nur das Verhalten „aller anderen Klassen" während des 1878er Attentatsfiebers, und mit Bezug auf das Sozialistengesetz.

) Auf dem Wydener Kongreß wurde einstimmig beschlossen, das Wort „gesetzlichen" aus dem Programm zu streichen. Das Kongreßprotokoll sagt darüber: „Es wird (in der Debatte) namentlich hervorgehoben, daß, nachdem die deutsche Regierung durch Annahme des infamen „Gesetzes" vom 21. Oktober 1878 uns jede gesetzliche Agitation unmöglich gemacht, es ein Nonsens sei, das Wort „gesetzlich" in unserem Parteiprogramm stehen zu lassen. Jeder Versuch, irgendwie agitatorisch für unsere Bestrebungen einzutreten, sei nach diesem „Gesetz" **ungesetzlich; lassen wir daher das Wort „gesetzlich" im Programm stehen, so verzichten wir damit darauf, ferner Sozialdemokraten zu sein oder für die Sozialdemokratie zu wirken, und machen uns außerdem einer groben politischen Heuchelei schuldig. Ein Redner hebt noch besonders hervor: Könne die Sozialdemokratie gesetzlich Etwas erlangen, so werde sie dies selbstverständlich nicht von der Hand weisen; allein bei der niederträchtigen Art und Weise, mit der gegen sie vorgegangen werde, müsse sie erklären, daß ihr jedes Mittel recht sei, dieses Gesetz illusorisch zu machen und der Verwirklichung ihrer Ziele näher zu rücken. Dies müsse offen ausgesprochen werden und deshalb sei die Streichung des genannten Passus aus dem Programm nothwendig." Kein vernünftiger Mensch wird die logische Nothwendigkeit dieses Beschlusses ernsthaft bestreiten können.

freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrole des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesammtheit entsteht.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert als Grundlagen des Staates:

1. Allgemeines gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht, mit geheimer und obligatorischer*) Stimmabgabe aller Staatsangehörigen vom 20. Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der Wahl- oder Abstimmungstag muß ein Sonntag oder Feiertag**) sein.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.
3. Allgemeine Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
4. Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze; überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Denken und Forschen beschränken.
5. Rechtsprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.
6. Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten. Erklärung der Religion zur Privatsache.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert innerhalb der heutigen Gesellschaft:

1. Möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten im Sinne der obigen Forderungen.

---

*) Die obligatorische Stimmabgabe war im alten Griechenland Gesetz; wer nicht stimmte, wurde in einigen Staaten ernsthaft bestraft.

**) Die Gründe liegen auf der Hand. In Frankreich ist es Gesetz, daß die Wahlen an Sonntagen stattfinden, wo das Volk Zeit zur Abstimmung hat.

2. Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, anstatt aller bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirekten Steuern.
3. Unbeschränktes Koalitionsrecht.
4. Einen den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechenden Normalarbeitstag. Verbot der Sonntagsarbeit.
5. Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit.
6. Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitätliche Kontrole der Arbeiterwohnungen. Ueberwachung der Bergwerke, der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirksames Haftpflichtgesetz.
7. Regelung der Gefängnißarbeit.
8. Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterhilfs- und Unterstützungskassen.

Wer, der es ehrlich meint mit dem Wohl seiner Mitmenschen, kann diesem Programm die Zustimmung versagen? Wer, der nicht Freude hat an eigener, nicht ein Interesse an seines Mitmenschen Knechtschaft und Ausbeutung, kann leugnen, daß die Erfüllung dieses Programms ein Segen wäre für das Volk?

Betrachten wir Staat und Gesellschaft, wie sie *sind*.

Alle Macht- und Genußmittel befinden sich in den Händen einer kleinen Minderheit; und diese Minderheit benutzt selbstverständlich ihre Macht dazu, sich das Monopol aller Vortheile, welche der Besitz der Herrschaft in Staat und Gesellschaft verleiht, zu erhalten und zu befestigen, und die beherrschte Mehrheit an der Erlangung politischer und sozialer Rechte zu behindern.

Die politische Macht, wer übt sie aus? Eine winzige Minderheit von Privilegirten der Geburt und des Reichthums. Die ungeheure Mehrheit des Volkes ist absolut machtlos, und, weil machtlos, auch rechtlos; denn ein Recht, an dem nicht die Macht der Verwirklichung hängt, ist nur ein *Scheinrecht*, nur eine *Spielerei*, ein verwirrendes *Trugbild*. Welche Bedeutung z. B. hat das Recht, einen Abgeordneten zu wählen, der blos reden darf, aber auf die Regierung des Landes nicht den leisesten Einfluß ausüben kann? Die herrschende Minderheit herrscht für sich, nicht für die beherrschte Mehrheit. Zwischen Herrschern und Beherrschten kann ebenso wenig wie zwischen Plantagenbesitzern und Negersklaven von einer Interessengemeinschaft die Rede sein. Für den Plantagenbesitzer kommt das Interesse der Neger nicht in Frage; maßgebend ist ihm einzig sein *eigenes* Interesse, und er behandelt die Neger, wie *sein* Interesse es ihm vorschreibt. Ganz so im heutigen Staat. Nicht das Interesse des Volkes kommt in Frage, sondern ausschließlich das Interesse der herrschenden Minderheit. Dem Interesse

der Herrschenden das Interesse der Beherrschten dienstbar machen, ist Grund und Zweck des Herrschens, heißt *herrschen*. So lange es Herrschende und Beherrschte giebt, wird es so sein; denn *Herrschen* ist seiner Natur nach *Ausbeuten*. Daraus folgt, daß das Interesse des beherrschten Volks die *Umgestaltung des Staats von Grund aus und seinem Wesen nach erheischt*. Der Staat muß aufhören, die Domäne einzelner Personen, Stände und Klassen zu sein; er muß werden die Vereinigung voll- und gleichberechtigter Bürger, von denen Keiner über den Andern herrscht, Keiner von dem Andern beherrscht wird.

Das erstrebt die Sozialdemokratie.

Wir wollen *an Stelle des heutigen Klassenstaats den freien Volksstaat*.

Der klare Wortlaut unseres Parteiprogramms stempelt die Behauptung unserer Gegner, die Sozialdemokratie wolle der Arbeiterklasse die *Herrschaft im Staat* verschaffen, zur Verleumdung. Wir haben schon gesagt, daß der Begriff der Herrschaft überhaupt ein undemokratischer ist und folglich auch den Prinzipien der Sozialdemokratie widerstreitet. Denn alle freiheitlichen Forderungen der Demokratie sind zugleich Forderungen der Sozialdemokratie. Der Unterschied zwischen Demokratie und Sozialdemokratie ist: daß diese die *Konsequenzen* zieht, welche jene, in bürgerlichen Vorurtheilen befangen, nicht zu ziehen den Muth hat. Die *Sozialdemokratie ist konsequente Demokratie*. Sie will eine Staats- und Gesellschaftsordnung, die, fußend auf der Gleichberechtigung aller Menschen, die Quellen der Ungleichheit verstopft, weder Herren noch Knechte duldet, und eine *brüderliche Gemeinschaft von freien Menschen* begründet.

Um dies zu ermöglichen, muß die heutige *Produktionsweise* beseitigt, muß die *ökonomische* Basis der Gesellschaft, d. i. die *Art der Arbeit*, das *System der Arbeit* (des Produzirens, der Werthherzeugung) in der Gesellschaft umgestaltet werden.

Die Mutter alles gesellschaftlichen Reichthums, aller Kultur ist die *Arbeit*. Was wir *sind* und *haben*, sind und haben wir durch die *Arbeit*. Der Arbeit verdanken wir Alles. Nicht unserer *persönlichen* Arbeit, wenigstens nur zu einem verschwindend kleinen Bruchtheil, sondern der *allgemeinen, gesellschaftlichen* Arbeit. Es ist sehr wohl möglich — und wir sehen es ja häufig genug —, ohne persönliche Arbeit die Segnungen der Kultur zu genießen; es ist aber auch dem Arbeitsamsten, dem Arbeitkräftigsten bei angestrengtester Arbeit absolut unmöglich, als Kulturmensch zu leben *ohne* die allgemeine gesellschaftliche Arbeit, denn sie hat erst die Kultur geschaffen, und ohne sie wären wir Thiere, nicht Menschen. Hieraus ergiebt sich die *kommunistische Natur*, das zur Gemeinschaft drängende Wesen der Arbeit, auf welchem

Staat und Gesellschaft beruhen. Diesen kommunistischen Charakter hat die Arbeit stets gehabt: die des antiken Sklaven und des mittelalterlichen Leibeigenen, wie des modernen Lohnarbeiters. Aber das Produkt der Arbeit hat ihn nicht gehabt und hat ihn auch jetzt nicht. Der antike Sklave arbeitete für seinen Besitzer; der mittelalterliche Leibeigene für den Grundherrn; und der moderne Lohnarbeiter arbeitet für den Kapitalisten. Hier steckt die Inkonsequenz, hier das Unrecht, dem abzuhelfen das Ziel der Sozialdemokratie ist. Der gesellschaftlich kommunistische Charakter der Arbeit soll auf das Produkt der Arbeit ausgedehnt werden; das Produkt der Arbeit soll Eigenthum der Arbeiter sein; die Arbeit nicht länger Gemeinsamkeit des Elends, sondern des Genusses.

Man sieht, wie lächerlich der Vorwurf ist, wir wollten das Eigenthum abschaffen. Nicht das Eigenthum soll abgeschafft werden, sondern die Enteignung des Eigenthums, das falsche Eigenthum, welches Aneignung fremden Eigenthums ist: der gesellschaftliche Diebstahl. „Expropriation der Expropriateure" hat Marx es genannt. Uebrigens hätten Leute, die sich zum Christenthum bekennen, kein Recht, selbst gegen das „Theilen" zu zetern, denn das neue Testament predigt den Kommunismus in der „rohesten", urwüchsigsten Form, und die ersten christlichen Gemeinden, die noch die „ganz reine Lehre" hatten, trieben das „Theilen" mit großer Gründlichkeit und sollen es auch auf die Weiber ausgedehnt haben.*)

Betrachten wir die gegenwärtigen Zustände. Wer will leugnen, daß die Mehrzahl der Menschen in den traurigsten Verhältnissen lebt, und daß nur eine Minderheit so gestellt ist, daß sie die Mittel zu einem menschenwürdigen Dasein hat? Die Zweifler verweisen wir auf die Statistik, deren Ziffern keinen Widerspruch dulden und nur von der Unwissenheit oder Böswilligkeit ignorirt werden können.

Die ökonomische Ungleichheit an sich ist aber nicht das Schlimmste; die Arbeit schafft alle Reichthümer, und wären Die, welche nicht arbeiten, arm, so hätte diese Ungleichheit eine gewisse Berechtigung; in der Wirklichkeit verhält es sich aber umgekehrt. Wie der von unseren Gegnern als Autorität verehrte bürgerliche Nationalökonom John Stuart Mill mit schneidender Schärfe erklärt, sind in der heutigen Gesellschaft die Glücksgüter im umgekehrten Verhältniß der geleisteten Arbeit vertheilt. Wer am meisten arbeitet, hat durchschnittlich am wenigsten; wer wenig oder nichts arbeitet und Andere direkt oder indirekt für sich arbeiten lassen kann, hat viel. Die Armuth ist für die Arbeit, der Reichthum für die

*) Das „Theilen" der Weiber wird in der „besseren", „christlichen" Gesellschaft auch heute noch mit besonderer Vorliebe geübt.

Nichtarbeit; die Arbeiter, welche den sogen. „Nationalreichthum" erzeugen, sind von ihm ausgeschlossen, er ist das Monopol der Nichtarbeiter. Dadurch wird die Ungleichheit zur empörendsten Ungerechtigkeit. Und diese Ungerechtigkeit ist ein Brandmal unserer gerühmten Zivilisation, das Jeder, der einen Funken von Gerechtigkeitssinn hat, bemüht sein muß, wegzuschaffen. Palliativmaßregeln, die blos die Oberfläche berühren, blos Symptome zurückdrängen, verschlimmern das Uebel; es muß an der Wurzel gefaßt, mit der Wurzel ausgerottet werden. Aller Reichthum ist die Frucht der Arbeit, lehrt die Nationalökonomie — die Arbeit soll die Frucht der Arbeit ernten! fordert die Gerechtigkeit, fordert die Sozialdemokratie. Die jetzige Ungerechtigkeit entspringt daraus, daß die Arbeitsmittel das Privateigenthum einer winzigen Minderheit — der Kapitalistenklasse — sind, die dadurch das Monopol der Ausbeutung und Herrschaft erhält; daß, infolge dessen, die Arbeit nicht für sich selbst arbeitet; daß sie sich für Lohn an die Nichtarbeit verkaufen muß und von dieser „ausgebeutet" wird. Mit einem Worte: die jetzige Ungerechtigkeit entspringt aus dem System der Lohnarbeit; und sie ist nur dadurch zu beseitigen, daß die Arbeit aufhört, für die Nichtarbeit zu arbeiten, und daß sie statt dessen für sich selbst arbeitet. Dies läßt sich aber nur dadurch erreichen, daß die Arbeitsmittel aus dem Besitz der Kapitalistenklasse in den Besitz der Allgemeinheit (der Gesellschaft — des Staats) übergehen.

Einzelarbeit ist aber unproduktiv; die Arbeit, wie wir gesehen haben, muß ihrem Wesen „nach gemeinsam sein." Also: gemeinsame Arbeit zum Nutzen jedes Einzelnen — gemeinsame Arbeit und gemeinsamer Genuß der Früchte der Arbeit. Das ist's, was wir an Stelle des heutigen Ausbeutungssystems setzen wollen. Die sozialistische Assoziation an Stelle der Lohnarbeit!

„Wo bleibt aber das Kapital?" Nun, wohin es gehört: bei der Arbeit. Es giebt kein Kapital außer durch die Arbeit. Es soll kein Kapital geben außer für die Arbeit. Von Charlatanen wird freilich behauptet, das Kapital erzeuge Werthe so gut als die Arbeit — die Probe läßt sich leicht machen; mögen die Kapitalanbeter ihr Kapital, mögen sie alles Kapital der Erde auf einen Haufen zusammenschleppen, und nach Jahresfrist wird auch nicht für einen Pfennig Mehrwerth herausgewachsen, wohl aber der Werth der daliegenden Masse beträchtlich vermindert sein. Das Kapital ist nicht blos das Kind der Arbeit, es kann auch nicht wachsen, nicht fortbestehen ohne die Arbeit. Das Kapital hat gegenüber der Arbeit kein Recht, während die Arbeit gegenüber dem Kapital das Eigenthumsrecht hat. Die herrschende Produktionsweise hat das natürliche Verhältniß zwischen Arbeit und

Kapital umgedreht, und die Arbeit zur Sklavin des Kapitals gemacht. Oder ist unsere Lohnarbeit nicht Sklaverei? Ist der moderne Lohnarbeiter etwa freier als der antike Sklave, weil er den Herrn wechseln kann? Kettet der Hunger ihn nicht fester und unbarmherziger an die Arbeit, als die festeste Eisenkette? — „Doch", wendet man uns oft ein, „die Arbeiter stehen sich heute besser als in früheren Jahrhunderten." Ob die Behauptung richtig oder falsch, lassen wir unerörtert. Selbst wenn richtig, würde sie nichts beweisen. Nicht Besserstellung fordert der sozialdemokratische Arbeiter, sondern Gleichstellung. Er will nicht länger für Andere arbeiten; er will, daß Jeder in gleichem Maße die Früchte der Arbeit, die Segnungen der Kultur genieße. Er hat genug Logik und Gerechtigkeitssinn, um für sich keine bevorzugte Stellung zu beanspruchen, er will aber auch keine untergeordnete Stellung einnehmen.

Die Fortdauer der heutigen Produktionsweise verträgt sich nicht mit der Fortdauer der Gesellschaft. Die kapitalistische Großproduktion war ein Fortschritt, sie ist aber ein Hemmniß geworden. Sie genügt nicht mehr den ökonomischen Bedürfnissen der Gesellschaft, d. h. der Gesammtheit — nicht der sich gerne „Gesellschaft" nennenden winzigen Minorität der Privilegirten —; ganz abgesehen von der ungerechten Vertheilung des Arbeitsproduktes ist sie unfähig, allen Gesellschaftsgliedern das zum menschenwürdigen Dasein Erforderliche zu liefern, und muß schon darum durch eine höhere Produktionsform ersetzt werden, welche diese Bedingungen erfüllt. Und das kann nur die allgemeine gesellschaftliche Produktion, die sozialistische Organisation der Arbeit, die das konzentrirte Gesammtkapital der Gesellschaft zum Vortheil der Gesammtheit verwendet.

Es ist ein Irrthum, der aus der Verwechselung der Gesellschaft mit der privilegirten Minderheit, mit den herrschenden Klassen, hervorgeht, daß man uns beschuldigt, wir wollten alles Bestehende umstürzen und tabula rasa machen, um auf den Trümmern dann einen phantastischen Neubau aufführen zu können. Wir wollen nur beseitigen, was die gesunde, vernünftige Weiterentwickelung der Gesellschaft hindert, nur erwirken, daß die Interessen der großen Mehrheit nicht länger denen der Minderheit geopfert werden und daß, statt der Privilegien Einzelner, statt des politisch-sozialen Monopols, das Recht und Interesse Aller, die Gerechtigkeit zum obersten Gesetz in Staat und Gesellschaft werde. Was sich überlebt hat, was den steigenden Kulturbedürfnissen der Gesellschaft nicht mehr genügt, soll aufhören dem emporstrebenden neuen Leben Luft und Sonne zu nehmen. Wir wollen die organische Weiterentwickelung unserer Kultur, die durch die jetzige Klassenherrschaft aufgehalten wird. Wer heut zu Tage die Abschaffung der Maschinen, die Wiedereinführung der mittelalterlichen Klein-

industrie vorschlüge, würde für verrückt gelten; denn Jedermann weiß, daß jener Kleinproduktion eine höhere, ergiebigere Produktionsmethode gefolgt ist: die Großindustrie. Wer aber im Mittelalter, ja wer noch Mitte des vorigen Jahrhunderts gesagt hätte, die Kleinproduktion ist zu kostspielig, zu unergiebig — sie muß durch eine industrielle Revolution, welche ein anderes Produktionssystem zur Herrschaft bringt, von der Erde gefegt werden, der wäre für — nun für etwas Aehnliches angesehen worden, wie wir jetzt von den Fanatikern der heutigen Gesellschafts-Ordnung, richtiger Gesellschafts-Unordnung angesehen werden. Wer in fünfzig Jahren die Wiedereinführung der heutigen Zustände befürwortet, wird in Gefahr sein, mit dem Tollhaus Bekanntschaft zu machen. Und uns, die wir die Reform der heutigen Zustände verlangen, verläumdet und verfolgt man! Und doch ist es gerade so gewiß und so nothwendig, daß die heutige Produktionsweise durch eine höhere verdrängt wird, als daß die mittelalterliche Produktionsweise durch die heutige verdrängt werden mußte. Nicht wir sind Utopisten, unpraktische Träumer, wie man uns so gerne nennt. Diejenigen sind es, welche vergängliche Formen für ewig halten und sie durch Gewaltmaßregeln vor dem Untergang bewahren zu können glauben. Wir stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach wir die Bewegung modeln wollen. Unsere theoretischen Sätze beruhen keineswegs auf „Ideen" und „Prinzipien", die von diesem oder jenem Weltverbesserer „erfunden" sind. „Sie sind nur allgemeine Ausdrücke thatsächlicher Verhältnisse eines existirenden Klassenkampfes, einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung.

Nach dieser Ausführung wird der erste Theil (I. und II.) unseres Programmes Niemandem unklar sein. Wie richtig der Satz ist, daß die ökonomische Abhängigkeit der Arbeiterklasse von dem Kapital die Ursache des Elends und der Knechtschaft in aller Form (namentlich auch der politischen Unfreiheit) ist, läßt sich durch ein einfaches Beispiel nachweisen. Man nehme an: einem Volke würden alle politischen Freiheiten gewährt: allgemeines gleiches Wahlrecht, Preßfreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit u. s. w.; das System der kapitalistischen Produktion, der Lohnarbeit, bliebe aber bestehen — was wäre die Folge? Die Ungleichheit: Elend der Massen und unverhältnißmäßiger Reichthum einiger Weniger würden fortdauern, die arbeitende Mehrheit des Volkes wäre ökonomisch abhängig von der besitzenden Minderheit, und diese ökonomische Abhängigkeit würde alle politischen Freiheiten rein illusorisch machen, sie jedes praktischen Werthes berauben. Haben wir nicht bei den Reichstagswahlen zur Genüge erfahren, daß der Druck, welchen der Kapitalist auf seine Lohnsklaven ausübt, weit stärker ist als der Druck selbst des reaktionärsten Staates?

Setzen wir dagegen den umgekehrten Fall: die politischen Freiheiten werden dem Volke vorenthalten, die Arbeit wird aber befreit und, so wie wir es verlangen, durch sozialistische (genossenschaftliche) Produktion und sozialistische Vertheilung des Arbeitsproduktes „jedem Arbeiter sein voller Arbeitsertrag" gesichert, soweit das Interesse der Gesammtheit es erlaubt — was wäre die Folge? Die herrschende Minderheit würde ihre Machtmittel verlieren, die ausschließlich in der heutigen Produktionsweise, in der Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital ihre Wurzel haben, und die ökonomische Unabhängigkeit würde die Masse des Volkes sehr bald in die Lage bringen, sich auch die politische Unabhängigkeit zu erkämpfen. Dieser Fall kann freilich in Wirklichkeit ebensowenig eintreten wie der andere; denn die soziale Frage ist untrennbar von der politischen, die vernünftig organisirte Gesellschaft nur denkbar im freien Staat.

Auf wem lastet nicht erdrückend, entwürdigend das eiserne Joch des heutigen Klassenstaats? Was gilt heute das Volk? Ein Fürst begehrt nach seines Nachbars Land. Vergebens fleht das Volk um Frieden. Die Wünsche, das Glück der Millionen in der Einen Wagschale — der Wille, die Laune eines Einzigen in der andern, und federleicht schnellt die Wagschale mit den Wünschen, dem Glück und Wohl der Millionen empor. Die Kriegsfurie ist entfesselt: Tausende werden in den Tod, Hunderttausende in das Elend gestürzt. Soll das sein? Die Sozialdemokratie will, daß kein Krieg geführt werde, außer zur Vertheidigung der Freiheiten und Rechte des Volks; sie will daher, daß die Macht, Krieg zu erklären — denn von einem „Recht" kann hier nicht die Rede sein — dem Volk und seinen Vertretern gehöre.

Der kräftigste Theil des Volkes, die Männer in der Blüthe des Lebens, werden jetzt auf Jahre aus ihrem Beruf gerissen, nützlicher, fruchtbringender Arbeit entzogen, in das stehende Heer eingereiht und zu blindem Gehorsam einexerzirt. Die Folge hiervon? Krieg auf Krieg, wodurch alle Leidenschaften entfesselt und alle Errungenschaften der Cultur in ihren Grundvesten erschüttert werden, und wenn nicht Krieg der bewaffnete Friede, der das Mark der Völker aussaugt, sie dem Ruin zuführt und den Krieg fast als das kleinere Uebel erscheinen läßt. — Soll das sein? Die Sozialdemokratie will, daß das stehende Heer, dieses Mittel der Knechtung und Eroberungssucht, abgeschafft und, so lange noch die Möglichkeit des Krieges vorhanden ist, durch ein Volksheer ersetzt werde. Jeder Bürger soll von Jugend auf im Gebrauch der Waffen geübt und zu militärischen Leistungen tüchtig gemacht werden. Ist jeder Bürger Soldat, dann ist auch jeder Soldat Bürger, und kein Tyrann mehr im Stande, das Volk zu vergewaltigen.

Jetzt ist die Erziehung ein Privilegium Weniger, und für

diese Wenigen nicht eine Erziehung zum Menschenthum, sondern zur Ausübung der Klassenherrschaft. Die große Mehrzahl der Bevölkerung erhält nur eine schmachvoll ungenügende und verkehrte Erziehung, wird planmäßig an der Entwickelung ihrer Fähigkeiten gehindert, weil ein gebildetes Volk, ein ächt menschlich gebildetes Volk die herrschenden politischen und sozialen Zustände nicht dulden würde. Denn Bildung — wahre Bildung, nicht systematische Verbildung und hündische Dressur, die sich heute so gern unter dem Namen der Bildung breit macht — ist die Mutter der Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit, und darum nicht verträglich mit der Existenz des heutigen Klassenstaats. — Die Sozialdemokratie will die höchstmögliche Bildung für Alle und Jeden: gleichen, unentgeltlichen Unterricht in bestmöglichen Volksschulen und höheren Schulen (Realschulen, Fachschulen, Gymnasien, Akademien, Universitäten). Sie geht von der Ansicht aus, daß es der Zweck des Staates ist, für die leibliche und geistige Wohlfahrt der Staatsglieder zu sorgen; der sozialdemokratische Staat ist daher — von seiner praktischen Hauptaufgabe: der Organisation der Arbeit abgesehen — in erster Linie eine große allgemeine Bildungsanstalt.

Im heutigen Klassenstaat ist die Justiz ein Spott auf ihren Namen. Justiz heißt wörtlich Gerechtigkeit. Wie kann aber von Gerechtigkeit die Rede sein, inmitten von Zuständen, die im Ganzen und Einzelnen, in ihrem Wesen und in ihren Erscheinungen den einfachsten Forderungen der Gerechtigkeit in's Gesicht schlagen? Nur Heuchelei oder gedankenlose Inkonsequenz kann an Individuen strafbar finden, was entweder in Staat und Gesellschaft anerkannte Praxis und Moral ist, oder was die nothwendige Wirkung der Pflichtvergessenheit des Staates (mangelhafte Bildung), der verkehrten Gesellschaftsorganisation (Armuth). Die dem Staat und der Gesellschaft heute zu Grunde liegende Ungerechtigkeit stempelt die Justiz von vorneherein zur Ungerechtigkeit. — Soll das sein? Die Sozialdemokratie will, daß die Justiz Gerechtigkeit werde; und in dem freien Volksstaat, den sie erstrebt, schafft sie die unerläßliche Vorbedingung dazu. Wie dem Volk das Recht gebührt, die Gesetze zu machen (Gesetzgebung), die Gesetze zu vollstrecken (Regierung und Verwaltung), so gebührt ihm auch das Recht, die Gesetze anzuwenden (Rechtsprechung). Die Rechtsprechung gleich der Gesetzgebung, Regierung und Verwaltung muß den Händen der privilegirten Personen, Stände und Klassen entzogen werden, die ihrem Sonderinteresse das allgemeine Interesse und die Gerechtigkeit opfern. Bis eine vernünftige und naturgemäße Staats- und Gesellschaftsordnung die sogenannten Vergehen und Verbrechen, die in Wirklichkeit, wenn nicht physischer Krankheit entsprungen, nur gesellschaftliche Krank-

heiten sind, mit der Wurzel, d. h. durch Entfernung der Ursachen ausgerottet hat, verlangt daher die Sozialdemokratie Volksgerichte (Schwurgerichte, Schiedsgerichte soweit thunlich) und unentgeltliche Gerichtspflege. Die Volksgerichte, welche wir erstreben, unterscheiden sich von den heutigen Schwurgerichten, wie der heutige Klassenstaat sich von dem Volksstaat unterscheidet. Nicht ein Monopol der besitzenden Klassen soll das Schwurgericht sein, nicht ein Mittel zur Inszenesetzung jener schimpflichen Farce der Gerechtigkeit: der Klassenjustiz, wo die Vertreter der besitzenden Klasse über die Vertreter des enterbten Volkes zu Gericht sitzen und ihren Klassenhaß und ihre Klasseninteressen in die Toga des Gesetzes hüllen — nein, durch freie, allgemeine Wahl sollen die Geschworenen aus dem Schoße des Gesammtvolkes hervorgehen, auf daß das Schwurgericht in Wahrheit ein Volksgericht sei.

In der Gemeinde, die ein Staat ist im Staate, tritt die Unterordnung der beherrschten Mehrheit unter die Sonderinteressen der herrschenden Minderheit fast noch greifbarer hervor als im großen Staat, weil Herrschende und Beherrschte einander körperlich näher in unmittelbarer, persönlicher Berührung mit einander sind. Die herrschende Minderheit besteuert nach ihrem Gutdünken die beherrschte Mehrheit, wälzt dieser die Hauptsteuerlast auf, verwendet den Ertrag zu ihrem eigenen Nutzen und wirft der „elenden steuerzahlenden Plebs“ höchstens die Brosamen hin. Vom Schweiße der Arbeiter errichtet sie für die Kinder der Reichen höhere Unterrichtsanstalten, von denen die Kinder der Arbeiter ausgeschlossen sind, baut, um ihrem Vergnügen zu fröhnen, Theater, von deren Schwelle das Eintrittsgeld den Arbeiter zurückscheucht, jetzt freilich kein Nachtheil für ihn, da das moderne Theater — Ausnahmen bestätigen die Regel — nur dem verderbtesten Geschmack dient, von den herrschenden Klassen zu einem verfeinerten Bordell herabgewürdigt worden ist. Kurz: die herrschende Minderheit verfährt in der Gemeinde nach den nämlichen egoistischen, gemeinschädlichen Grundsätzen wie in dem Staat. Dem muß abgeholfen werden. Die Sozialdemokratie fordert daher, wie für den Staat, so für die Gemeinde das allgemeine gleiche, freie und direkte Wahlrecht; die vollkommene Gleichberechtigung und Gleichstellung, wie der Staatsbürger, so der Gemeindeglieder; die freie Gemeinde in dem freien Staat.

Um aber Staat und Gemeinde zu dem machen zu können, was sie sein sollen, das heißt zu Vereinigungen freier und gleichberechtigter Menschen, die in brüderlicher Solidarität, im Zusammenwirken: Einer für Alle, Alle für Einen, das höchstmögliche geistige und leibliche Wohlbefinden jedes Einzelnen erstreben, ist es unerläßlich, die ökonomischen Grundlagen der heutigen Gesellsaft zu ändern; denn auf ihnen beruht der heutige Staat und die heutige Gemeinde, deren Mißbräuche und Ungerechtigkeiten

nur die nothwendige Konsequenz der gesellschaftlichen, wirthschaftlichen Mißbräuche und Ungerechtigkeiten sind.

Welches Bild bietet die heutige Gesellschaft?

Der Krieg, das Faustrecht herrscht, wie zwischen den Völkern, so zwischen den einzelnen Klassen und den einzelnen Menschen. Durch die kapitalistische Produktion ist Krieg zwischen Bourgeoisie und Arbeitern; durch die Konkurrenz ist der Bourgeois in Krieg mit dem Bourgeois, der Arbeiter mit dem Arbeiter. Die Sozialdemokratie will diesem Krieg in Permanenz, diesem Krieg Aller gegen Alle ein Ziel setzen; sie will Friede zwischen den Menschen, Friede zwischen den Klassen, Friede zwischen den Völkern. Kein Friede ist aber zu hoffen, so lange die Ursache fortdauert, welche den Kriegszustand herbeiführte.

Diese Ursache ist: die heutige Klassenherrschaft mit ihrer Lohnsklaverei, mit ihrem ökonomischen Raubbau, ihren Industrie-, Handels- und Geldkrisen, ihrem Börsenschwindel, ihrer Betrügerei in allen Geschäftsbranchen, ihrer Verfälschung der leiblichen und geistigen Lebensmittel, ihren Strikes und Lockouts, ihren Arbeitermassakres durch Hunger, verpestete Wohnungen und Werkräume und „wunderthätige“ Hinterlader.

Auf der Basis des Lohnsystems thürmt sich der Riesenbau der heutigen gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen zur Knechtung und Ausbeutung des arbeitenden Volks — das Zwing-Uri des Proletariats, die finstere Bastille des Klassenstaates, welche den Körper des Volks gefangen nimmt, den Gedanken tödtet, den Charakter bricht oder verderbt, und ihre Kanonen dräuend auf Jeden richtet, der sich vor dem herrschenden Unrecht nicht in den Staub beugt.

Das Lohnsystem muß also fallen, soll in Staat und Gesellschaft Friede, Ordnung, Freiheit, Gerechtigkeit zur Geltung gelangen! Dank dem Lohnsystem und der Monopolisirung der Arbeitsinstrumente (Werkzeuge, Maschinen, Grund und Boden, Bergwerke, Eisenbahnen u. s. w.) durch eine Minorität, ist die Arbeit, die alle gesellschaftlichen Werthe und Reichthümer schafft, zur Armuth und Knechtschaft verdammt. Der Arbeitgeber bereichert sich durch die Arbeit seiner Lohnsklaven, denen er in der Form von Lohn nur einen Theil ihrer Arbeit bezahlt; den unbezahlten Rest steckt er als „Profit“ in die Tasche — ein Raub, der sich von dem gewöhnlichen Raub nur dadurch unterscheidet, daß er von den heutigen Klassengesetzen nicht bestraft wird. Oder ist etwa ein wesentlicher Unterschied zwischen dem Arbeitgeber, der „seinen“ Arbeitern einen Theil des Ertrags ihrer Arbeit vorenthält und diesen Theil sich aneignet, und dem „humanen“ Straßenräuber, der sich begnügt, den Reisenden durch die Logik der gespannten Pistole nur um einen Theil seiner Habe zu erleichtern, vor dem Gesetz darum aber nicht minder ein Straßenräuber ist?

Die heutige, auf Grund des Lohnsystems stehende Produktionsweise hat zur Wirkung auf der einen Seite: die Anhäufung des Besitzes in den Händen Weniger, und die mit übermäßigem Besitz verbundene Korruption dieser Wenigen; auf der andern Seite die Massenverarmung, den Pauperismus. Der Arbeiter kann inmitten der Reichthümer, die er erzeugt, seine einfachsten Bedürfnisse nicht befriedigen; Entbehrungen, ungesunde Werkstätten und Fabrikräume stehlen ihm seine Lebenskraft, wie der Arbeitgeber ihm den Ertrag seiner Arbeit stiehlt; Siechthum und ein frühzeitiger Tod erwarten ihn; er hat kein Familienleben, denn da sein Lohn nicht zum Leben ausreicht, müssen Frau und Kind ihm in die Fabrik folgen; für die aufblühende Tochter hat er die Aussicht auf das kurze, glänzende Elend der Prostitution, oder das lange, bleierne, sonnenlose Elend des Lebens eines Proletarierweibes. —

Wer, der unter dem Drucke dieser menschenunwürdigen Zustände seufzt, stimmt nicht mit uns ein in den Ruf: Nieder mit dem Lohnsystem!? Ja, nieder mit dem Lohnsystem! das ist die Grundforderung der Sozialdemokratie — das A und das O unserer Agitation. An Stelle der Lohnarbeit mit ihrer Klassenherrschaft soll treten die genossenschaftliche Arbeit, die Assoziation (kooperative Produktion). Die Arbeitsinstrumente müssen aufhören, das Monopol einer Klasse zu sein, und Gemeingut Aller werden. Kein Ausbeuter und Ausgebeutete mehr! Regelung der Produktion und Vertheilung der Produkte im Interesse der Allgemeinheit. Abschaffung, wie der heutigen Produktion, die Ausbeutung und Raub, so des heutigen Handels, der nur Betrug ist.

In der Ordnung der Gleichordnung sollen die Arbeiter die für die Gesammtheit aller Staatsglieder nöthigen Arbeiten verrichten. An Stelle der Arbeitgeber und ihrer demüthig sich fügenden oder in Rebellion befindlichen Lohnsklaven: freie Genossen! Die Arbeit Niemandes Qual, weil Jedermanns Pflicht! Ein menschenwürdiges Dasein Jedem, der seine Pflicht gegen die Gesellschaft erfüllt. Der Hunger hinfür nicht mehr der Arbeit Fluch, sondern des Müßiggängers Strafe!

Und damit dies sich verwirklichen könne, der Volksstaat — der Staat Aller und für Alle, der Staat, welcher ist: die vernünftig und gerecht organisirte Gesellschaft; die allgemeine Versicherungsanstalt des Glücks und der Bildung; die brüderliche Gemeinschaft freier und gleichberechtigter Menschen.

Nach dem Gesagten ist es überflüssig, die im zweiten Theil unseres Programms aufgestellten Forderungen einzeln durchzugehen. Sie sind für jeden halbwegs Gebildeten und Denkfähigen selbstverständlich.

Wie jede Partei und Klasse, welche sich jemals gegen herrschende

Mißstände aufgelehnt, deren Beseitigung sich zum Ziel ihres Strebens genommen — wird die Sozialdemokratie von den eigennützigen oder verblendeten Anhängern des Miß-Staats und der Miß-Gesellschaft geschmäht und verleumdet: sie wolle die Unordnung, den Klassenkampf, Vernichtung des Eigenthums, Zerstörung der Familie, Zerstörung der Bildung, den viehischsten Sinnengenuß, die tiefste Degradation des Weibes! Vollständiger und frecher kann man die Wahrheit nicht auf den Kopf stellen. Die alte Gesellschaft wirft uns ihre eigenen Verbrechen vor, um derentwillen wir sie zum Tod verurtheilt haben.

Die Unordnung herrscht - die Sozialdemokratie will Ordnung.

Krieg und Klassenkampf herrschen — die Sozialdemokratie will Friede und Harmonie der Interessen — Abschaffung des Klassenkampfes durch Abschaffung der Klassen.

Das Eigenthum ist heute eine Lüge für die Mehrzahl der Menschen, ein Raub für die Minderheit, für welche es keine Lüge. Die Sozialdemokratie will Eigenthum für Jedermann. Sie will das Eigenthum zur Wahrheit machen, dem Arbeiter innerhalb der Gesellschaft den vollen Ertrag seiner Arbeit sichern, und dem kapitalistischen Plünderungssystem steuern.

Die heutige Gesellschaft löst die Familie auf — die Sozialdemokratie will, indem sie die entsittlichende Klassenherrschaft beseitigt, die Rechte der Familie zur Geltung bringen.

Staat und Gesellschaft wetteifern heute mit einander, die Bildungskeime im Menschen zu ersticken, die ungeheure Mehrheit des Volkes geistig und körperlich zu verkrüppeln, die herrschende Minderheit zu korrumpiren — die Sozialdemokratie will gleiche und möglichst gute Erziehung für jedes Individuum; die möglichste Entfaltung aller Fähigkeiten für alle Menschen; Förderung von Kunst und Wissenschaft: Kunst und Wissenschaft zum Gemeingut des Volkes gemacht.

Dank den gesellschaftlichen und staatlichen Mißverhältnissen ist das Weib heute rechtlos, und in unzähligen Fällen zur ehelichen oder außerehelichen Prostitution verurtheilt, ist der Verkehr der Geschlechter unnatürlich und sittenlos — die Sozialdemokratie will die Emanzipation des Weibes, wie die des Mannes; sie will vollkommene politische und soziale Gleichberechtigung und Gleichstellung des Weibes mit dem Manne: Abschaffung der Prostitution, schreite sie verschämt einher unter dem Deckmantel der Geld- und Konvenienz-Ehe oder laufe sie schamlos geschminkt und nackt auf der Gasse.

Genug. Anknüpfend an die thatsächlichen Verhältnisse, nicht utopistischen Irrlichtern nachjagend, sondern fußend auf den Errungenschaften der Kultur, erstreben wir die Abschaffung des Klassenstaats, der Klassengesetzgebung, der Klassenherrschaft.

Unser Ziel ist: der freie Volksstaat mit ökonomischer und politischer Gleichberechtigung; die freie Gesellschaft mit genossenschaftlicher Arbeit; das Wohlergehen Aller einziger Staats- und Gesellschaftszweck! —

Um unser Ziel zu erreichen, müssen wir uns organisiren. Ohne einheitliche Organisation keine wirksame Propaganda, keine wirksame Aktion. Einheitliche Organisation ist das Zusammenfassen der Kräfte, ihre Sammlung in einem Brennpunkt. Vereinzelung heißt: jeder Einzelne ohnmächtig; zersplitterte Kräfte sind keine Kraft. Vereinigung addirt nicht blos, nein multiplizirt, vervielfältigt die Kräfte.

Die ökonomischen und demgemäß auch die politischen Zustände sind aber wesentlich die gleichen in allen Kulturländern. Kein Staat ist heutzutage durch eine chinesische Mauer von dem anderen abgeschlossen. Trotz der noch künstlich aufrecht erhaltenen Schranken haben sämmtliche Kulturländer eine gemeinsame Entwickelung, eine gemeinsame Geschichte. Jedes beeinflußt das Andere und wird von ihm beeinflußt. Alle Parteien sind darum heutzutage mehr oder weniger international. Und die unserige ist es in höherem Maße als alle anderen Parteien, weil sie nationale Schranken nicht kennt und, auf rein menschlichem Standpunkt stehend, an Alles den rein menschlichen Maßstab anlegend, in den Angehörigen der verschiedenen Nationalitäten nur Menschen erblickt. Obgleich wir in dem Staat, dessen Bürger wir sind, das nächste unmittelbare Feld unserer Thätigkeit haben, so vergessen wir darüber doch nicht das Weltbürgerthum, die allgemeine Menschenverbrüderung. Und wir wissen: wo immer für die Sache des arbeitenden und unterdrückten Volkes gekämpft wird, da wird für unsere Sache gekämpft.

Das ist unser Programm.

Wir wollen die Gerechtigkeit und bekämpfen das Unrecht.

Wir wollen die freie Arbeit und bekämpfen die Lohnsklaverei.

Wir wollen das Wohlergehen Aller und bekämpfen das Elend.

Wir wollen die Bildung Aller und bekämpfen die Unwissenheit und Barbarei.

Wir wollen Friede und Ordnung und bekämpfen den Völkermord, den Klassenkrieg, die gesellschaftliche Anarchie.

Wir wollen den sozialistischen Volksstaat und bekämpfen den despotischen Klassenstaat.

Wer das Gleiche will, wer das Gleiche bekämpft, der schließe sich uns an und wirke mit all' seinen Kräften für unsere Sache, für die Sache der Sozialdemokratie, für die Sache der Menschheit, auf daß der Sieg bald errungen werde!